



SEITE 2
Das Rentenpaket
Durchbruch bei Gleich-
stellung

SEITE 3
Gastbeitrag von DGB-Chief
Michael Sommer
zum Tag der Arbeit



SEITE 4/5
SPD-Fraktionsvizin
Carola Reimann im
Interview

SEITE 6
Der Doppelpass kommt!



SEITE 7
Mietpreisbremse

SEITE 8
Steuerbetrug in
Europa bekämpfen!

GUTE ARBEIT

SPD
BUNDESTAGS
FRAKTION

Ausgabe 02/2014

Der Mindestlohn kommt!

Tarifpaket: Die SPD-Fraktion stellt die Weichen für eine neue Ordnung am Arbeitsmarkt.

Zehn Jahre lang hat die SPD-Fraktion gemeinsam mit den Gewerkschaften dafür gekämpft, jetzt kommt er: der gesetzliche Mindestlohn von 8,50 Euro. Und zwar flächendeckend und ohne, dass bestimmte Branchen ausgenommen werden. „Zehn Jahre sozialdemokratische Kraftanstrengung haben sich gelohnt“, sagt die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion Katja Mast. Für DGB-Chief Michael Sommer ist es ein „Meilenstein der deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte“. Der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske sagt: „Das macht Schluss mit Hungerlöhnen und erkennt an, dass die Würde der arbeitenden Menschen ihren Wert und Arbeit ihren Preis hat.“ Der Mindestlohn ist das Herzstück des Tarifpakets, das das Bundeskabinett Anfang April beschlossen hat und das im Juni im Bundestag beraten werden soll. Folgende Regelungen sieht das Gesetz vor:

Mindestlohn

Ab dem 1. Januar 2015 sollen alle volljährigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einen gesetzlichen Anspruch auf einen Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro pro Stunde erhalten. In einer Übergangszeit bis Ende 2016 darf es tarifvertragliche Abweichungen geben. Ab dem 1. Januar 2017 gilt der Mindestlohn flächendeckend. Danach wird seine Höhe regelmäßig von einer Kommission der Tarifpartner überprüft und gegebenenfalls angepasst. Ausnahmen gelten für Langzeitarbeitslose, für ehrenamtliche Tätigkeiten, für Ausbildungsverhältnisse, für bis zu sechswöchige Praktika vor oder während der Ausbildung und Jugendliche unter 18 Jahren.



Jahrelang haben SPD-Fraktion und Gewerkschaften gemeinsam den Mindestlohn gefordert. Jetzt kommt er.

Allgemeinverbindlichkeit

Tarifverträge können nach dem Tarifvertragsgesetz unter bestimmten Voraussetzungen für allgemeinverbindlich erklärt werden, sie gelten dann für alle Beschäftigten einer Branche. Bisher geht das nur, wenn ein öffentliches Interesse vorliegt und der Tarifvertrag mindestens für die Hälfte der Beschäftigten der jeweiligen Branche gilt. Dieses 50-Prozent-Quorum soll gestrichen werden. Tarifverträge können so künftig leichter auf die gesamte Branche erstreckt werden.

Branchen-Mindestlöhne

Das Arbeitnehmer-Entsendegesetz ermöglicht es unter anderem, Branchen-Mindestlöhne festzulegen. Bislang ist dies allerdings nur für einige, im Gesetz festgelegte Branchen möglich.

Künftig soll das Gesetz für alle Branchen geöffnet werden.

„Nach langer Zeit werden wieder Reformen für, statt gegen die Beschäftigten gemacht“, bringt es DGB-Chief Michael Sommer auf den Punkt.

Klar ist: Die Einführung des Mindestlohns ist ein Durchbruch. Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erfahren für ihre Arbeit und

ihre Leistung künftig eine größere Wertschätzung. Mit den weiteren Neueregulungen stärkt die Koalition außerdem die Tarifpartnerschaft und sorgt dafür, dass alle am wirtschaftlichen Wachstum teilhaben können. ■

Mehr zum Tarifpaket im Interview auf Seite 4/5 und im Gastbeitrag von Michael Sommer auf Seite 3.

Gesetzliche Mindestlöhne in Europa

- Luxemburg: 11,10 Euro
- Frankreich: 9,53 Euro
- Niederlande: 9,11 Euro
- Belgien: 9,10 Euro
- Irland: 8,65 Euro
- Deutschland: 8,50 Euro (ab 2015)
- Großbritannien: 7,43 Euro
- Slowenien: 4,56 Euro
- Malta: 4,15 Euro
- Spanien: 3,91 Euro
- Griechenland: 3,35 Euro
- Portugal: 2,92 Euro
- Polen: 2,31 Euro
- Kroatien: 2,30 Euro

Meldungen

Nachhaltig finanziert

Der Bundeshaushalt 2014 wird zum ersten Mal seit Jahrzehnten strukturell, also um konjunkturelle Effekte bereinigt, ausgeglichen sein. Im kommenden Jahr soll der Bundeshaushalt ganz ohne Neuverschuldung auskommen. Dies ist Ausdruck einer Finanzpolitik, die das Wohl der künftigen Generationen im Blick behält. Der Haushaltsausschuss des Bundestages wird den Bundeshaushalt 2014 am 5. Juni abschließend beraten. Die 2./3. Lesung im Plenum ist vom 24. bis 27. Juni vorgesehen.

Solider Haushalt und Investitionen sind möglich

Für die SPD-Bundestagsfraktion ist entscheidend, dass ein ausgeglichener Haushalt und hohe öffentliche Investitionen kein Widerspruch sind. Im Gegenteil: Auf Dauer ist das eine ohne das andere nicht machbar. Der Entwurf des Bundeshaushalts 2014 und die Mittelfristige Finanzplanung zeigen, dass beides gleichzeitig möglich ist. Es gelingt, weil die SPD-Fraktion sich durchgesetzt hat und die Koalition die vorhandenen Spielräume für die richtigen Prioritäten nutzt.

SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann stellt klar: „Das Ziel der SPD-Fraktion bleibt, uns zusätzliche haushaltspolitische Spielräume zu erarbeiten. Mehreinnahmen wollen wir verwenden für Bildung und Forschung, für Investitionen und Infrastruktur und für die Entlastung der Kommunen.“ ■

Lebensleistung besser anerkennen

Rentenpaket: Das erste große Gesetzesvorhaben der Koalition ist im Bundestag angekommen.

Mit dem Rentenpaket setzt die SPD-Bundestagsfraktion das erste sozialdemokratische Projekt des Koalitionsvertrags um – und bekommt Zustimmung von vielen Seiten. Die Gewerkschaften loben das Paket: Es sei ein entscheidender Wendepunkt in der Rentenpolitik, heißt es beim DGB.

Auch die Bevölkerung steht mehrheitlich hinter dem Gesetz. 73 Prozent der Befragten sagten im ARD-Deutschlandtrend Anfang April, dass die Rentenpläne der Regierung in die richtige Richtung gehen. Das Gesetz soll zum 1. Juli 2014 in Kraft treten. Die zentralen Fragen des Rentenpakets im Überblick:

Wer kann abschlagsfrei mit 63 Jahren in Rente gehen?

Nach Inkrafttreten des Gesetzes ab 1. Juli dieses Jahres können alle abschlagsfrei in Rente gehen, die bis dahin keine Rente beziehen, 45 Jahre in die Rentenkasse eingezahlt haben und 63 Jahre oder älter sind. Zu den 45 Beitragsjahren sollen auch Zeiten der Kindererziehung und der Pflege von Angehörigen, der Wehr- und Zivildienst sowie Zeiten der Arbeitslosigkeit (Arbeitslosengeld I) zählen. Ebenso eingerechnet werden Zeiten, in denen Krankengeld, Übergangsgeld, Leistungen bei beruflicher Weiterbildung, Kurzarbeiter-, Schlechtwetter- und Winterausfallgeld oder Insolvenzgeld bezogen wurden.

Insgesamt werden zunächst 200.000 Menschen von der abschlagsfreien Rente mit 63 profitieren, darunter sind 50.000 Frauen.



Gerecht: Wer 45 Jahre lang Beiträge gezahlt hat, sollte mit 63 in Rente gehen dürfen.

Was bedeutet die Mütterrente?

Mit der Mütterrente bekommen Mütter oder Väter, die vor 1992 geborene Kinder erzogen haben, einen zusätzlichen Entgeltpunkt zugeschrieben. Konkret bedeutet das, dass sie maximal 28,61 Euro monatlich in den alten und 26,39 Euro monatlich in den neuen Bundesländern mehr an Rente bekommen. Im Jahr sind es bis zu 343 Euro im Westen und bis zu 317 Euro im Osten. Die Mütterrente schafft damit mehr Gerechtigkeit.

Was ändert sich bei der Erwerbsminderungsrente? Für wen gilt die Neuregelung?

Wer aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr arbeiten kann, wird in Zukunft besser gestellt als bisher. Heute bekommen die Betroffenen eine Rente,

Gesagt ✓
Getan ✓
Gerecht ✓

als hätten sie bis zur Vollendung ihres 60. Lebensjahres weiter gearbeitet. Diese so genannte Zurechnungszeit wird künftig um zwei Jahre auf 62 Jahre verlängert. Konkret heißt das, dass Betroffene eine Rente erhalten, als ob sie bis zum Alter von 62 Jahren gearbeitet hätten. Von der Neuregelung profitieren alle, die ab dem 1. Juli 2014 in die Erwerbsminderungsrente gehen.

Warum wird das Reha-Budget erhöht?

Die Rentenversicherung finanziert viele Leistungen zur medizinischen und beruflichen Rehabilitation, zum Beispiel Kuren. Dieses Reha-Budget wird jetzt dem demografischen Wandel angepasst, so dass für die geburtenstarken Jahrgänge ausreichend Mittel zur Verfügung stehen. ■

Durchbruch bei Gleichstellung

Schluss mit der Freiwilligkeit – Familienministerin Manuela Schwesig und Justizminister Heiko Maas haben erste Leitlinien für ein Gesetz zur Frauenquote vorgelegt.

Bei Neubesetzungen von Aufsichtsräten großer Unternehmen soll ab 2016 eine Geschlechterquote von mindestens 30 Prozent gelten. Für rund 3.500 mitbestimmungspflichtige oder börsennotierte Unternehmen soll es bereits ab 2015 verbindliche Zielvorgaben zur Frauenförderung geben. Außerdem soll

eine Regelung erarbeitet werden, dass bei Nichterreichen dieser Quote die für das unterrepräsentierte Geschlecht vorgesehenen Stühle frei bleiben.

„Damit hat der jahrzehntelange Stillstand ein Ende“, sagt die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Carola Reimann. Die Regelungen würden Frauen die Türen in Chefinnenbüros öffnen – in der Privatwirtschaft genauso wie im öffentlichen Dienst. „Damit wird Deutschland ein ganzes Stück gerechter und lebenswerter.“ ■

Entgeltgleichheit per Gesetz

Am 21. März hat die SPD-Bundestagsfraktion gemeinsam mit den Gewerkschaften an der Kundgebung zum Equal-Pay-Day teilgenommen.

Der Tag ist das Datum, an dem Frauen das gleiche verdienen haben wie Männer bis zum 31. Dezember des Vorjahres. Derzeit verdienen Frauen im Durchschnitt 22 Prozent weniger als Männer in der gleichen Position.

SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann bezeichnete die Lohnlücke zwi-

schen Frauen und Männern als Diskriminierung und einen Zustand, der „unserer Gesellschaft unwürdig“ sei. Die SPD-Bundestagsfraktion will diese Gerechtigkeitslücke mit einem Entgeltgleichheitsgesetz schließen. Künftig sollen Unternehmen ab 500 Beschäftigten zu ihren Lohnstrukturen und Geschlechterunterschieden Stellung nehmen müssen. Zudem sollen die Beschäftigten ein individuelles Auskunftsrecht über die Lohnunterschiede im Unternehmen erhalten. ■

„Die Einführung des Mindestlohns ist ein Meilenstein“

In seinem Gastbeitrag sieht DGB-Chef Michael Sommer das Land auf dem richtigen Weg – dank Gewerkschaften und Sozialdemokraten.

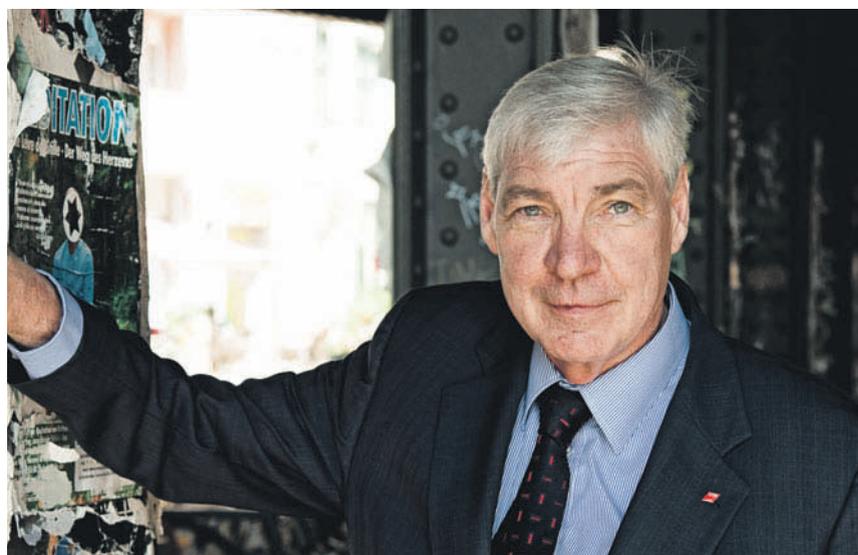
Dieser 1. Mai, der Tag der Arbeit, wird für mich ein besonderer Tag. Es ist das letzte Mal, dass ich als DGB-Vorsitzender auf einer Mai-Kundgebung spreche. Und es ist das erste Mal, dass ich nicht nur kritisieren und fordern muss, sondern auch begrüßen und loben darf, was die amtierende Regierung gerade tut. Denn es bewegt sich wieder was in Deutschland. Die aktuelle Regierung will gestalten und sie will überfällige Reformen endlich anpacken.

Politik für die Beschäftigten

Dabei hat das für die Beschäftigten zentrale Arbeitsministerium unter Führung von Andrea Nahles schon jetzt mehr auf den Weg gebracht als in der gesamten vergangenen Legislaturperiode. Bei aller Kritik im Detail: nach langer Zeit werden wieder Reformen für statt gegen die Beschäftigten gemacht. In der Rentenpolitik sind erstmals seit Menschengedenken keine Kürzungen, sondern Verbesserungen für die Rentner geplant. Mütterrente, Rente mit 63, Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente – das Rentenpaket ist gut und gerecht gepackt, auch wenn eine Finanzierung der Mütterrente über Steuern die deutlich bessere Variante wäre.

Historisches Tarifpaket

Als historisch darf man das Tarifpaket und vor allem die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns bezeichnen. Natürlich werden die Gewerkschaften gegen die Ausnahmen für Langzeitarbeitslose und junge Menschen bis zur



Michael Sommer tritt am 11. Mai nach zwölf Jahren als DGB-Vorsitzender ab.

letzten Minute kämpfen. Aber wir dürfen uns von der Ausnahmen-Debatte nicht den Blick trüben lassen: die Einführung des Mindestlohns ist ein Meilenstein der deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte.

Enorme Bedeutung für Tarifpolitik

Es liegt in der Natur der Sache, dass die weiteren Bestandteile des Tarifpakets hinter dem omnipräsenten Mindestlohn verschwinden. Aber ihre Bedeutung für die Arbeitsmarkt- und Tarifpolitik ist enorm. Mit der Erleichterung der Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen und der Ausweitung des Arbeitnehmerentsendegesetzes wird die Tarifautonomie nachhaltig gestärkt. Das ist nicht nur sinnvoll im Interesse der Tarifpartner, sondern der Politik selbst. Denn die Maßnahmen

des Tarifpakets versetzen Arbeitgeber und Gewerkschaften wieder in die Lage, die Arbeitsbedingungen im Sinne der Tarifautonomie unter sich zu regeln, Staat und Politik hingegen können sich ein wenig zurückziehen.

Kurskorrekturen in Europa

Natürlich gibt es auch Defizite, die sich bereits in den Koalitionsverhandlungen abzeichneten: steuerpolitisch herrscht Stillstand, nichts will die Regierung unternehmen, um für eine gerechtere Einkommensverteilung zu sorgen.

Auch in der Europapolitik hält die Regierung an ihrem rigiden Sparkurs fest, der die Not in den Krisenländern unnötig verschärft. Hier sind Kurskorrekturen notwendig, für mehr Gerechtigkeit in Deutschland und Europa. Aber nach all den Jahren der Kürzungen, des Sozialabbaus und der Beschneidung von Arbeitnehmerrechten sind wir wieder auf einem guten Weg – dank starker Gewerkschaften, die Druck ausüben, und dank einer selbstbewussten Sozialdemokratie, die sich auf ihre zentralen Werte besinnt und der Bundesregierung in der Arbeits- und Sozialpolitik ihren Stempel aufdrückt. ■



Michael Sommer bei seinem Abschiedsbesuch in der SPD-Bundestagsfraktion.

Editorial



Thomas Oppermann, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Liebe Leserinnen und Leser,

es bewegt sich wieder was – so bringt es Michael Sommer in seinem Gastbeitrag für diese Zeitung auf den Punkt – und das ist das Verdienst von Gewerkschaften und Sozialdemokraten. In den ersten Monaten unserer Regierungsverantwortung haben wir entscheidende Reformen auf den Weg gebracht. Andrea Nahles hat einen Gesetzentwurf zum Mindestlohn vorgelegt, gleichzeitig gehen wir entschieden gegen den Missbrauch bei Werkverträgen vor und werden die Leiharbeit begrenzen. Gemeinsam mit dem Rentenpaket schließen wir so Gerechtigkeitslücken und lösen Versprechen ein.

Es ist aber wichtig, auch über den deutschen Tellerrand zu schauen. Das Motto des DGB zum 1. Mai 2014 „Gute Arbeit. Soziales Europa“ formuliert einen Auftrag: Wir müssen gute Arbeit für alle Menschen in Europa ermöglichen. Das ist nicht nur ein Gebot der Solidarität, denn die deutsche Wirtschaft exportiert einen Großteil ihrer Waren ins europäische Ausland. Geht es unseren Nachbarn gut, nutzt dies folglich auch deutschen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Die europäische Idee, die uns Frieden und Wohlstand gebracht hat, kann nur dauerhaft gesichert werden, wenn alle Menschen in Europa die Möglichkeit auf einen guten Arbeitsplatz haben. Und der erste und wichtigste Schritt dahin muss die entschiedene Bekämpfung der grassierenden Jugendarbeitslosigkeit sein.

Michael Sommer danke ich für 12 Jahre geleistete Arbeit als DGB-Vorsitzender – auch oder gerade weil das Verhältnis zwischen SPD und Gewerkschaften nicht immer ein Leichtes war. Jetzt sind wir gemeinsam auf einem richtig guten Weg. ■

Mehr Infos zum Thema:

www.spdfraktion.de



»Es wird immer nötig sein, für bessere Arbeitsbedingungen zu streiten«

Wir können auf den 1. Mai als Tag der Arbeit nicht verzichten, sagt die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Carola Reimann. Im Interview spricht sie über das Tarifpaket und erklärt, warum Generationengerechtigkeit nicht nur eine Frage der Rentenpolitik ist.

Was machen Sie am 1. Mai?

Ich gehe in Braunschweig zur Mai-Kundgebung, mit den Genossinnen und Genossen vor Ort. Anschließend gibt es ein internationales Fest, auf dem wir einen Stand haben. Gutes Essen, etwas zu trinken und Musik – das ist bei gutem Wetter immer ein schöner Ausklang.

Warum brauchen wir den 1. Mai als Tag der Arbeit heute noch?

Einige mögen es für ein antiquiertes Ritual halten. Ich persönlich glaube, dass wir auf den Tag der Arbeit nicht verzichten können. Es wird immer nötig sein, für bessere Arbeitsbedingungen zu streiten. Die Situation am Arbeitsmarkt ist ja nicht überall wie ein Paradies. Wir haben zwar jetzt wichti-

ge Weichenstellungen vorgenommen, allen voran mit dem Mindestlohn. Da dürfen wir uns allerdings nichts vormachen: Auch bei einer guten Gesetzgebung wird es von Arbeitgeberseite immer wieder Versuche und Bestrebungen geben, das zu unterlaufen. Deshalb wird es auch immer die Bemühungen der Gewerkschaften und eine starke Bewegung geben müssen, die sich für Gute Arbeit stark macht.

In den letzten Jahren stand die SPD-Bundestagsfraktion an der Seite der Gewerkschaften, mit vielen gemeinsamen Forderungen gegenüber der schwarz-gelben Bundesregierung. Wie ist das Verhältnis jetzt als Fraktion in einer großen Koalition?

Wir haben in den letzten Jahren gemerkt, dass wir gemeinsam wirklich stark sind und sehen jetzt, dass wir gute Sachen umsetzen können. Natürlich erwarte ich, dass Gewerkschaften immer noch ein bisschen mehr fordern

„Es braucht die Gewerkschaften und eine Bewegung, die sich für Gute Arbeit stark macht“

„Zusammen mit den Gewerkschaften können wir eine ganze Menge bewegen“

als das, was wir als Regierungsfraktion – insbesondere in einer Großen Koalition – umsetzen können. Aber ich glaube, dass wir da Seite an Seite eine ganze Menge bewegen können.

Der Gesetzentwurf für den Mindestlohn steht, wie zufrieden ist die SPD-Fraktion damit?

Ich bin schon positiv überrascht, wie wenig Ausnahmen wir im Gesetzentwurf haben. Wenn man sich noch mal erinnert, welche Ausnahmen ursprünglich gefordert wurden, dann muss man sagen: Die Ministerin hat die Forderung nach einem flächendeckenden Mindestlohn aus dem Koalitionsvertrag sehr gut umgesetzt.

Trotzdem gibt es Kritik an den Ausnahmen...

Wir haben die Ausnahmen für unter 18-jährige und die Langzeitarbeitslosen. Darauf haben CDU und CSU bestanden. Aber wenn wir uns ansehen, was alles an Forderungen da war, zum Beispiel ganze Branchen auszunehmen, dann wird klar, dass wir uns weitestgehend durchgesetzt haben. Unterm Strich ist das ein großer Erfolg.

Eingeführt wird der Mindestlohn flächendeckend ab 2017, bis dahin sind tarifvertragliche Abweichungen möglich. Hätten Sie sich einen flächendeckenden Mindestlohn früher gewünscht?

Nein, ein gewisses Augenmaß und Praxisnähe muss man da haben. In der Übergangszeit bis zum 31. Dezember 2016 sind tarifliche Abweichungen allein auf der Grundlage des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes und des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes möglich. Der große Vorteil dabei ist, dass wir darüber die Tarifbindung in diesen Branchen erhöhen. Wir haben bislang gute Erfahrungen mit den bereits ins Entsendegesetz aufgenommenen Branchen gemacht. Ab dem 1. Januar 2017 gilt der allgemeine gesetzliche Mindestlohn dann ohne jede Einschränkung.

Der Mindestlohn steht im Vordergrund, was aber bringt das Tarifpaket noch mit sich?

Es ist eben nicht nur der Mindestlohn. Das Entsendegesetz ist ein sehr wichtiger Schritt für die Tariflandschaft. Das jetzt auf alle Branchen zu erstrecken, ist der richtige Weg. Zudem können

künftig bei öffentlichem Interesse auch Tarifverträge für allgemeinverbindlich erklärt werden, ohne dass das 50-Prozent-Quorum erreicht wird. Das öffentliche Interesse definiert dabei das Ministerium. So kann man gute Arbeit in der Fläche herstellen.

Der Gesetzentwurf für die Rente mit 63 nach 45 Beitragsjahren wird gerade wieder debattiert, auch vom Koalitionspartner. Geht er durch?

Ja, und ich glaube niemand kann denjenigen die Lebensleistung absprechen, die 45 Jahre ihre Beiträge gezahlt haben. Ich habe den Eindruck, die Union versucht hier alte Kämpfe wieder neu aufzumachen.

Ist die Angst vor einer Frühverrentungswelle berechtigt?

Ich persönlich teile nicht die große Sorge, dass es zu einer solchen Welle kommt. Die Situation ist eine andere als in den 1980er Jahren, als es geför-

„Das große Thema bei Arbeitgebern ist heute der Fachkräftemangel“

derte Altersteilzeitmodelle gab und viele große Unternehmen sich ihrer älteren Arbeitnehmer entledigen wollten. Der Fachkräftemangel ist heute das große Thema bei den Arbeitgebern. Aber auch wir wollen keine Anreize zur Frühverrentung und sind – wenn nötig – zu sinnvollen Ergänzungen des Gesetzes bereit.



Carola Reimann gemeinsam mit Mitgliedern der SPD-Bundestagsfraktion bei der Kundgebung zum Equal-Pay-Day 2014 in Berlin.

Wie sieht es bei der Rente mit der Generationengerechtigkeit aus?

Der Versuch, die Generationen gegeneinander auszuspielen, ist fahrlässig. Befragungen von 18- bis 34-jährigen ergeben, dass sie die Rente mit 63 und die Mütterrente richtig finden. Klar ist, dass immer der aktive Teil der Bevölkerung die Renten der Älteren stemmen muss. Da haben wir als Sozialdemokraten aber immer Augenmaß bewiesen in den letzten Jahren. Man muss beides im Blick haben: Die Herausforderungen der Demografie und der Zukunft, aber eben auch die ganz berechtigten Interessen der älteren Mitbürger. Das kann aber auch nicht nur im Rentenrecht passieren.

Sondern wo noch?

Generationengerechtigkeit hängt auch davon ab, wie viel wir in Infrastruktur und Bildung investieren, was man für Familien tut. Da ist die Koalition auf einem guten Weg. Wir werden noch mal mehr in Forschung und Bildung

investieren. Manuela Schwesig wird mit dem „ElterngeldPlus“ eine neue Familienleistung einführen. Das wird das bestehende Elterngeld nochmal verbessern und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtern. Davon profitiert ja gerade die junge Generation. Die Verengung auf Generationengerechtigkeit im Rentensystem ist nicht zielführend. Generationengerechtigkeit bedeutet eben, was gesamtgesellschaftlich für die verschiedenen Gruppen getan wird.

Die Koalition hat gerade im Bereich Arbeit und Soziales ein ziemliches Tempo vorgelegt...

...ich würde sagen, die Arbeitsministerin und die SPD-Bundestagsfraktion haben ein ziemliches Tempo vorgelegt.

Welche Themen stehen für die SPD-Fraktion hier in den kommenden Jahren im Vordergrund?

Wir werden nicht die Hände in den Schoß legen können. Nehmen wir das

Thema Entgeltgleichheit: Es ist einer der größten Skandale in unserer Republik, dass Frauen immer noch 20 Prozent weniger verdienen als Männer – und zwar bei gleicher Qualifikation und Position. Das werden wir anpacken, mit einem Entgeltgleichheitsgesetz.

Wie soll das konkret gehen?

Der erste Schritt ist, dass man in den Betrieben Transparenz darüber herstellt, wer was verdient. Wenn man nicht im öffentlichen Dienst arbeitet, ist der Verdienst das größte Tabuthema unter Kollegen. Da müssen wir die Betriebsräte in die Lage versetzen, das zu ändern. Der Equal-Pay-Day ist seit Jahren im März, hier bewegt sich nichts. Wir wollen mit dem Gesetz da einen ersten Impuls setzen. ■

Mehr Infos zum Thema:

www.spdfraktion.de

Zeitsouveränität: Selbst über die eigene Zeit bestimmen

Zeit ist in unserer modernen Welt eine enorm wichtige Ressource. Besonders in jungen Familien geht es oft um die Frage, wie man die gemeinsame Zeit am besten organisiert.

Die Aufteilung dieser Zeit wirkt dabei ganz wesentlich auf Lebensverläufe und die Chancen, die eine Person wahrnehmen kann. Mit einer Teilzeitstelle ist es zum Beispiel schwieriger, die eigene Karriere voranzutreiben. Derzeit verwenden Frauen weniger Zeit pro Woche für eine Arbeit als Männer. Dabei wünschen sich oft beide, Familienaufgaben partnerschaftlich zu organi-

sieren. Der Bundestag hat auf Initiative der SPD-Bundestagsfraktion einen Antrag beraten, in dem die Koalition für den Einzelnen mehr Souveränität über die eigene Zeit fordert. Wahlfreiheit bedeute, dass jedes Paar selbstbestimmt entscheiden könne, wie es Familien- und Erwerbsarbeit aufteilen wolle, heißt es in dem Antrag.

Die Regierung soll noch innerhalb dieses Jahres eine Gesetzesnovelle vorlegen, mit der das „ElterngeldPlus“ und der Partnerschaftsbonus eingeführt werden sollen.

Mit dem „ElterngeldPlus“ soll der Wiedereinstieg nach der Geburt erleich-

tert, mit dem Partnerschaftsbonus auch für Väter eine Teilzeitbeschäftigung attraktiver gemacht werden. Dabei dürfe Teilzeitarbeit keine Einbahnstraße bleiben, betont der frauenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion Sönke Rix. „Frauen und Männer, die familienbedingt ihre Arbeitszeit reduziert haben, müssen ein Rückkehrrecht auf ihre frühere Arbeitszeit erhalten.“

Besonders betroffen von Zeitmangel seien vor allem Alleinerziehende, sagt Sönke Rix. 90 Prozent von ihnen sind Frauen. Sie will die SPD-Fraktion darin unterstützen, das eng getaktete Berufs- und Familienleben besser un-

ter einen Hut zu bringen. Der Antrag sieht vor, dass sie von den Möglichkeiten der Teilzeitausbildung profitieren können. Unerlässlich sei zudem eine qualitativ gute, bedarfsgerechte Ganztagsbetreuung an Kitas und Schulen, betont Sönke Rix.

Außerdem sollen Regelungen für die bessere Vereinbarkeit von Pflege und Beruf eingeführt werden – als ersten Schritt soll es künftig wie beim Kinderkrankengeld einen Lohnersatz geben, wenn Beschäftigte eine zehntägige berufliche Auszeit nehmen, um die Pflege eines Angehörigen organisieren zu können. ■

Meldungen

Mindestlohn für Fleischbranche

Gute Nachrichten für Metzger und Schlachter: Für sie gilt voraussichtlich ab Juli ein einheitlicher Mindestlohn. Ein Gesetzentwurf der Bundesregierung sieht vor, die Fleischbranche in das so genannte Arbeitnehmer-Entsendegesetz aufzunehmen. Damit kann ein bundesweiter Mindestlohntarifvertrag, der Anfang des Jahres für die Fleischwirtschaft abgeschlossen wurde, auf alle Beschäftigten dieser Branche erstreckt werden. Er gilt dann auch für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die bislang nicht tarifgebunden sind. Künftig gilt der Mindestlohn für alle rund 100.000 Beschäftigten in der deutschen Fleischindustrie – unabhängig davon, ob sie in regulärer Beschäftigung, in Leiharbeit oder über Werkverträge mit Subunternehmen beschäftigt sind. Gerade auch Beschäftigte in Werkvertragsunternehmen, die aus dem europäischen Ausland stammen, profitieren von der Neuregelung. ■

„Der Doppelpass schafft enorme Erleichterungen“

Die Optionspflicht fällt in Zukunft für hier geborene und aufgewachsene Jugendliche weg.

Deutschland wird moderner: Das Bundeskabinett hat die Abschaffung der Optionspflicht für in Deutschland geborene und aufgewachsene Menschen mit ausländischen Wurzeln beschlossen. „Wir verbessern damit ganz konkret die Lebenssituation vieler junger Menschen“, sagt SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann.

Bisher erhalten Kinder von ausländischen Eltern bei ihrer Geburt beide Staatsbürgerschaften – also die deutsche und die ihrer Eltern. Aber sie müssen sich zwischen ihrem 18. und 23. Lebensjahr für eine der beiden Staatsbürgerschaften entscheiden. Viele von ihnen stellt das vor eine unnötige Zerreißprobe: Sie sehen Deutschland als ihre Heimat, wollen aber ihre kulturelle Herkunft nicht verleugnen.

Optionspflicht entfällt

Dem Gesetzentwurf zufolge soll die Optionspflicht für jene wegfallen, die bis zu ihrem 21. Geburtstag mindestens acht Jahre in Deutschland gelebt haben oder sechs Jahre hier zur Schule gegangen sind. Zudem entfällt sie für diejenigen, die in Deutschland einen Schul-

abschluss gemacht oder eine Berufsausbildung abgeschlossen haben. Sie dürfen künftig zwei Pässe behalten.

Die jungen Leute können die doppelte Staatsbürgerschaft selbst beantragen. Mit dem Erreichen des 21. Lebensjahres prüfen die Behörden aber automatisch im Melderegister, ob die Voraussetzungen erfüllt sind. Ist dies der Fall, behält der Betroffene beide Pässe, ohne dass er

selbst etwas tun muss. Die betroffenen-freundliche Lösung vermeide bürokratischen Aufwand, sagt die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Eva Högl. In der großen Mehrzahl der Fälle werde das Aufwachen in Deutschland von der Behörde anhand der Meldedaten mit wenig Aufwand selbst festgestellt. „Durch diese Beweislastumkehr müssen die Betroffenen nicht mitwirken.“ ■



Junge Deutsche mit ausländischen Eltern dürfen bald zwei Pässe haben.

TTIP: Freihandelsabkommen ja, aber nicht um jeden Preis



Ein Freihandelsabkommen soll für mehr Handel zwischen EU und USA sorgen.

Die EU-Kommission verhandelt derzeit mit Vertretern der Vereinigten Staaten über das Freihandelsabkommen TTIP. Die Verhandlungen über das Abkommen sind umstritten.

Worum geht es?

Mit einem Freihandelsabkommen können Länder ihren Handel untereinander erleichtern und ausbauen – zu beiderseitigem Vorteil. Es geht darum, Handelshemmnisse wie Zölle und Begrenzungen von Im- und Export aufzuheben. Beim Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP) zwischen der EU und USA sollen zudem gesetzliche Standards für Datenschutz, Produktsicherheit, Investitionsschutz sowie Regeln für den Verbraucher-, Umwelt- und Gesundheitsschutz einbezogen werden.

Welche Vorteile bringt das Freihandelsabkommen?

Die USA sind für die Europäische Union der größte Handelspartner. Durch

einen einfachen Marktzugang, den Abbau von Zöllen und die Harmonisierung industrieller Normen könnten nicht nur die Unternehmen Kosten einsparen. Auch die Verbraucher würden von niedrigen Preisen profitieren. Viele deutsche Unternehmen erhoffen sich konkrete Verbesserungen zum Absatz ihrer Produkte im weltgrößten Absatzmarkt. Qualitativ hochwertige Arbeitsplätze könnten so gesichert und auf beiden Seiten des Atlantiks geschaffen werden.

Warum gibt es Kritik?

Die Kritiker des Abkommens warnen davor, dass mit dem Abkommen europäische Standards in sensiblen Bereichen wie Urheberrecht, Datenschutz oder Lebensmittelproduktion aufgeweicht werden könnten. Viele Nahrungsmittelzusätze, die in den USA erlaubt sind, dürfen zum Beispiel in Europa nicht verkauft werden, weil sie als gesundheitsschädlich gelten.

Wie geht es weiter?

Die Verhandlungen sind eine Chance für die europäische und amerikanische Wirtschaft. Gleichzeitig muss das Abkommen konsequent an bestehenden Standards ausgerichtet werden. Das heißt konkret: Die Verhandlungen dürfen die Errungenschaften der EU im Bereich der Sozial-, Arbeits-, Umwelt-, Agrar-, Lebensmittel- und Gesundheitsstandards nicht in Frage stellen. Zudem ist von zentraler Bedeutung, dass die Verhandlungen transparent durchgeführt werden, vor allem muss die Zivilgesellschaft regelmäßig und umfassend über den aktuellen Stand informiert werden.

Die Gespräche werden dieses Jahr in die konkrete Phase treten. Dafür sind fünf Verhandlungsrunden in 2014 vorgesehen. Ein Abschluss der Verhandlungen ist kaum vor Ende nächsten Jahres zu erwarten. ■



Altbauwohnungen in zentraler und grüner Lage sind derzeit beliebt und teuer zugleich.

Städte sind für alle da: die Mietpreisbremse kommt

Knapper Wohnraum, explodierende Mietpreise. Die Mietpreisbremse soll für Entspannung am Wohnungsmarkt sorgen.

Endlos lange Schlangen von jungen Menschen, die vor Wohnungstüren auf einen Besichtigungstermin warten; hundert oder mehr Interessenten für eine einzige Wohnung; Makler, die Wohnungen regelrecht versteigern. Szenen wie diese gibt es derzeit in jeder Großstadt in Deutschland.

Die Nachfrage nach Mietwohnungen in Groß- und Universitätsstädten ist in den letzten Jahren dramatisch gestiegen. Das Angebot kommt bei die-

ser Entwicklung nicht mit. Die Folge: Die Mietpreise explodieren.

Mieten bis zu 36 Prozent höher

Laut einer Untersuchung des Deutschen Mieterbundes (DMB) müssen Mieter, die jetzt bzw. 2013 eine neue Wohnung bezogen haben, eine um bis zu 36 Prozent höhere Miete zahlen als ihre Nachbarn im gleichen Haus. Dazu kommen oft noch teure Maklerkosten, die die Vermieter bei angespanntem

Wohnungsmarkt leicht auf die Mieter abwälzen können. Unterm Strich bedeutet das: Mietwohnungen in attraktiven Innenstadtvierteln können sich nur noch Menschen mit einem hohen Einkommen leisten – Studenten und Normalverdiener gehen leer aus und müssen an den Stadtrand ziehen.

„Das kann nicht die Zukunft unserer Städte sein“, sagt der rechts- und verbraucherpolitische Sprecher der SPD-Fraktion Burkhard Lischka. Wohnen sei

für viele Normalverdiener zum Luxusgut geworden. „Es besteht dringender Handlungsbedarf für die Politik“, sagt Lischka.

Heimat für alle

Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich deshalb schon seit Längerem dafür ein, die Preisexplosion auf dem Mietmarkt mit einer Mietpreisbremse zu stoppen. Verbraucherschutzminister Heiko Maas hat jetzt einen entsprechenden Entwurf vorgelegt. Demnach dürfen Mietpreise bei Wiedervermietung nur 10 Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen. Die Mietpreisbremse soll für Gegenden mit angespannten Wohnungsmärkten gelten, die von den Bundesländern für fünf Jahre festgelegt werden. „Unsere Städte sollen Heimat für Millionen Menschen aller Einkommensgruppen sein und bleiben. Hierzu leistet die Mietpreisbremse einen wichtigen Beitrag“, sagt Burkhard Lischka.

Wer bestellt, der zahlt

Änderungen soll es auch bei den Maklergebühren geben: Künftig müssen Mieter nicht mehr automatisch den Makler bezahlen. Künftig soll gelten: Wer bestellt, der zahlt. Wenn also der Vermieter einen Makler beauftragt, dann muss er ihn auch bezahlen.

Der Deutsche Mieterbund begrüßt den Gesetzentwurf, weist aber auf den Zeitdruck hin: „Dieses Gesetz muss jetzt schnellstmöglich kommen, sonst werden Umzüge und Zuzüge in viele Städte unbezahlbar, sonst treiben die hohen Wiedervermietungsrenten auch die Bestandsmieten für alle Mieter in die Höhe“, sagt der Direktor des Deutschen Mieterbundes (DMB), Lukas Siebenkotten. ■

www.spdfraktion.de

Erfolgsmodell: Programm „Soziale Stadt“ erhält mehr Mittel

Es war ein langer Kampf, am Ende hat er sich ausgezahlt. Seit Jahren setzt sich die SPD-Bundestagsfraktion dafür ein, die Mittel für die Städtebauförderung anzuheben. Im Entwurf für den Bundeshaushalt hat die Koalition diese Mittel jetzt auf 700 Millionen Euro erhöht. Zum Vergleich: In den letzten Haushalten standen für die Städtebauförderung jeweils nur 455 Millionen Euro bereit. Die Mittel lagen weit hinter dem eigentlichen Bedarf zurück.

„Nach den Kürzungen der vergangenen Jahre gibt es in den Städten und Gemeinden einen großen Nachholbedarf“, sagt SPD-Fraktionsvize Sören Bartol. Von besonderer Bedeutung für die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist dabei das Programm „Soziale Stadt“. Das Programm soll der

sozialen Spaltung in arme und reichere Stadtteile entgegenwirken und ist in den letzten Jahren stark gekürzt worden.

Großer Nachholbedarf

Als Leitprogramm im Rahmen der Städtebauförderung wird die „Soziale Stadt“ im Haushaltsentwurf jetzt mit 150 Millionen Euro Bundesmitteln ausgestattet. Nach den Kürzungen auf nur noch 40 Millionen Euro ist der Bedarf in den Quartieren groß, die besondere soziale Integrationsleistungen erbringen müssen. Das Programm „Soziale Stadt“ richtet sich wie bisher an alle Städte und Gemeinden mit Quartieren, in denen Arbeitslosigkeit, Bildungsarmut, vernachlässigte öffentliche Räume und soziale Konflikte gebündelt

auftreten. Besonders für Kommunen, die geballt mit den Folgen von Armutszuwanderung konfrontiert seien, bilde das Programm Soziale Stadt ein wichtiges Instrument, um die Abwärtsspirale aus Arbeitslosigkeit, Armut, Ausgrenzung und Verwahrlosung zu stoppen, erklärt Sören Bartol.

Im Dialog mit Ländern und Kommunen

Denn es reiche nicht, nur die Wohnsituation zu verbessern. „Auch die Jugendarbeit muss gestärkt werden, Sprach-, Ausbildungs- und Gesundheitsförderung müssen hinzukommen, damit sich soziale Ausgrenzung nicht verfestigt.“

Mit der Erhöhung der Mittel für die Städtebauförderung verbinden die

Sozialdemokraten auch das Ziel, die Programme im Dialog mit Ländern und Kommunen sowie allen an der Stadtentwicklung beteiligten Akteuren weiterzuentwickeln. „Wir werden das Programm Soziale Stadt zu einer ressortübergreifenden „Strategie Soziale Stadt“ ausbauen, sagt Sören Bartol. Dazu gehört, die Bündelung mit anderen Förderprogrammen zu vereinfachen. Wichtig ist zudem, die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger, zivilgesellschaftlichen und wirtschaftlichen Akteuren programmübergreifend auszubauen.

Für die SPD-Bundestagsfraktion steht fest: Stadtentwicklungsprozesse brauchen nicht nur eine verlässliche finanzielle Grundlage, sondern auch Beteiligung und Akzeptanz. ■

Vorgestellt



Carsten Schneider

1998 war er der jüngste Abgeordnete im Bundestag, mittlerweile gehört Carsten Schneider trotz seines jungen Alters (38) schon zu den erfahrenen Fraktionsmitgliedern. Politik müsse vor allem gleiche Lebenschancen für alle schaffen, sagt der Erfurter. „Immer noch hängen in Deutschland die individuellen Zukunftsaussichten zu stark von der sozialen Herkunft ab.“ Um das zu ändern, brauche es einen handlungsfähigen Staat mit soliden Finanzen. Als stellvertretender SPD-Fraktionsvorsitzender ist er zuständig für die Themen Haushalt und Finanzen und kämpft für den Abbau der Neuverschuldung. ■



Eva Högl

Obfrau der SPD-Fraktion im NSU-Untersuchungsausschuss, Vorsitzende der Europa-Union-Parlamentariergruppe im Bundestag, jetzt stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende – Eva Högl hat schon einige Positionen bekleidet. Dabei ist sie erst seit 2009 Mitglied des Bundestages. Als Fraktionsvize ist sie zuständig für die Themen Innen, Recht und Verbraucherschutz, Kultur und Medien sowie Sport. Dabei will sich die Juristin besonders dem Kampf gegen Rechtsextremismus, dem Mietrecht und der Frauenquote widmen. Zudem ist Eva Högl überzeugte Europäerin: „Europa ist ein Modell für die ganze Welt – das zeigt sich auch und gerade in der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise.“ ■

Gegen Steuerbetrug und Steueroasen in Europa

Ein europäisches Problem braucht eine europäische Lösung.

// Mit einem Positionspapier kritisiert SPD-Fraktionsvize Carsten Schneider das Steuerdumping einiger EU-Mitgliedstaaten und fordert eine europäische Initiative //

Die aktuellen Fälle von Steuerhinterziehungen von Prominenten haben es einmal mehr gezeigt: Steuerhinterziehung ist kein Kavaliersdelikt. Der Fall Hoeneß hat dabei offenbart, um welche Summen es selbst bei Privatleuten gehen kann. Wie viel Geld Unternehmen und Privatleute aber jedes Jahr am Fiskus vorbeischleusen, kann nur geschätzt werden. Die Deutsche Steuer-Gewerkschaft (DSTG) geht von 40–50 Milliarden Euro aus. Nach Schätzungen der Hans-Böckler-Stiftung sind es sogar 100 Milliarden Euro. In jedem Fall ist es eine gewaltige Summe, die dem Staat für Investitionen in Bildung, Infrastruktur oder die soziale Sicherung fehlt.

„Steuerhinterziehung ist ein Verbrechen gegen die Gesellschaft“, macht der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Carsten Schneider klar. Er hat ein Positionspapier für eine gerechte Steuerpolitik vorgelegt, in dem er konkrete Vorschläge macht, um den Steuerbetrug einzudämmen.

Gefährlicher Steuerwettbewerb unter EU-Staaten

Die Internationalisierung der Finanzmärkte und der freie Kapitalverkehr haben Steuerumgehung und Steuerflucht in den letzten Jahren erleichtert. „Die nationalen Steuersysteme haben mit dieser Entwicklung nicht Schritt halten können“, heißt es dazu in dem Papier von Carsten Schneider. Seine Schlussfolgerung: Wer eine gerechtere Steuerpolitik schaffen will, muss auf europäischer Ebene ansetzen.

Fest steht: Steuerbetrüger mehren ihren persönlichen Wohlstand auf Kosten ihrer Mitbürgerinnen und Mitbürger und des Staates. Deshalb dürfe kein Staat Steuerbetrug, Steuervermeidung oder die Flucht von Vermögen oder Kapitalerträgen ins Ausland dulden oder befördern, schreibt der SPD-Fraktionsvize. Er sieht die EU-Staaten untereinander sowie gegenüber Drittstaaten in einem gefährlichen Steuer-



Steuerhinterzieher mehren ihren Wohlstand auf Kosten ihrer Mitbürger.

wettbewerb, befördert durch die Integration der Märkte. Global tätige Unternehmen zwingen Staaten zum Steuerdumping, indem sie damit drohen, abzuwandern. Sie nutzten die unterschiedlichen einzelstaatlichen Rechtsvorschriften aus, um erzielte Gewinne abzuziehen und in Staaten mit niedrigen Steuersätzen innerhalb oder außerhalb der EU zu verlagern.

Steueroasen mitten in der EU

Carsten Schneider plädiert daher für ein starkes und entschlossenes Vorgehen gegen Steuerbetrug und Steueroasen, das die EU-Kommission als Motor der europäischen Gesetzgebung umsetzen müsse. „Die Oasen liegen nicht weit weg, teilweise gehören sie sogar zur EU.“

Dafür fordert Schneider unter anderem eine bessere Zusammenarbeit der Steuerbehörden in Europa und die Schließung von Steuerschlupflöchern. Zudem müsse es einen besseren Informationsaustausch über die Vermögen und Einkünfte geben, die EU-Bürger in anderen Mitgliedstaaten haben. Helfer und Helfershelfer von Steuerbetrüger

in Banken und Finanzinstituten sollen härter bestraft werden, und bei organisierter Beihilfe soll ihnen die Lizenz entzogen werden. International tätige Unternehmen will der Fraktionsvize dazu verpflichten, länderbezogene Berichte über erzielte Gewinne, entstandene Verluste und gezahlte Steuern vorzulegen.

Das vollständige Papier von Carsten Schneider finden Sie auf:

www.spdfraktion.de

Termine

23. April Willkommen in Deutschland?!

Wege der Integration
29221 Celle

29. April Das neue Rentenpaket
47051 Duisburg

Weitere Termine:
www.spdfraktion.de
www.facebook.com/spdbundestagsfraktion

IMPRESSUM GUTE ARBEIT

Herausgeberin: SPD-Bundestagsfraktion

Verantwortlich: Petra Ernstberger MdB, Parl. Geschäftsführerin, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Redaktionsschluss: 10. April 2014

Herstellung: Network Media GmbH

Redaktion: Stefan Hintermeier, Johanna Agci, Anja Linnekugel, Alexander Linden, Teresa Bucker, Gero Fischer

Texte: Gero Fischer

Druck: Frankenpost Verlag GmbH

Diese Veröffentlichung der SPD-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der Information.

Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Bestellungen von „Gute Arbeit“, Zeitung der SPD-Bundestagsfraktion, und von Informationsmaterial zur Arbeit der SPD-Bundestagsfraktion:

– **per Post:** SPD-Bundestagsfraktion, Öffentlichkeitsarbeit/Redaktion „Gute Arbeit“, 11011 Berlin

– **per Mail:** oeffentlichkeitsarbeit@spdfraktion.de

– **per Fax:** 030/22756800